

2023

75 Jahre dfi

Deutsch-Französisches Institut [Hrsg.] | Institut Franco-Allemand [Éd.]

Frankreich Jahrbuch

Die Gesellschaften Europas und ihre Zukunft
Jubiläumspublikation anlässlich von 75 Jahren dfi

Les sociétés européennes face à leur avenir
Publication à l'occasion des 75 ans du dfi



Nomos

75
dfi

75 Jahre
Deutsch-
Französisches
Institut 75 ans Institut
Franco-Allemand

Deutsch-Französisches Institut [Hrsg.]
Institut Franco-Allemand [Éd.]

Frankreich Jahrbuch

Die Gesellschaften Europas und ihre Zukunft
Jubiläumspublikation anlässlich von 75 Jahren dfi

Les sociétés européennes face à leur avenir
Publication à l'occasion des 75 ans du dfi

37. Jahrgang 2023



Nomos



dfi

Deutsch-
Französisches
Institut

Redaktion: Stefan Seidendorf

WÜSTENROT STIFTUNG



Gefördert durch die Wüstenrot Stiftung

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1690-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-4420-1 (ePDF)

ISSN 0935-6649



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Das Jahr 2023 war aus Sicht des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) ein besonderes Jahr: Das Institut feierte sein 75-jähriges Bestehen mit zahlreichen Veranstaltungen, nicht zuletzt dem Jubiläums-Festakt am 3. Juli unter Teilnahme von Bundespräsident Steinmeier. Dabei war das Jahr erneut geprägt von zahlreichen Krisen, etwa dem ungemindert anhaltenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der Frage des Umgangs mit Migration, den spürbaren und sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels und zahlreichen sozialen Unruhen, etwa anlässlich der Frage der Ausgestaltung der Rentenreform in Frankreich. Diese „Polykrise“ hält die Gesellschaften in Deutschland und Frankreich in Atem und zeigt, wie umfassend der gesellschaftliche Umbruch in unseren Ländern ist. Verstärkt werden diese Umbrüche durch die zunehmende Digitalisierung, welche die ohnehin umfassende Transformation stark beschleunigt und damit die demokratischen Strukturen vor erhebliche Herausforderungen stellt.

In der Tradition des Frankreich Jahrbuchs seit 1988, widmet sich der vorliegende Band dem Thema der Zukunft Europas aus verschiedenen Perspektiven: Zunächst aus Sicht der Europäer selbst, die in einer repräsentativen Umfrage zu wesentlichen Themen der Zusammenarbeit befragt wurden. Hier zeigen die aus Frankreich, Italien und Deutschland eingeholten Meinungen, dass das Kernthema des dfi, die Förderung der Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft, immer wieder neu gedacht und belebt werden muss, um gegen ein schwindendes Interesse aneinander anzutreten. Darüber hinaus behandelt das Jahrbuch Themen, denen derzeit eine besondere gesellschaftliche und politische Relevanz zukommt, und die entsprechend einer vertieften Analyse bedürfen.

Neben dem Schwerpunktthema wird wie gewohnt der Handbucheil veröffentlicht. Dieser enthält eine Chronik der wichtigsten Ereignisse in Frankreich im Jahr 2023. Des Weiteren verzeichnet der Handbucheil die wichtigsten und zuverlässigsten öffentlich im Internet zugänglichen Quellen zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Basisdaten Frankreichs im europäischen Vergleich. Somit können die Leserinnen und Leser jederzeit die aktuellsten verfügbaren Daten abrufen und die genauen methodischen und empirischen Details, die die Erhebung der jeweiligen Daten geleitet haben, unmittelbar einsehen. Obendrein bietet das Internet die Mög-

lichkeit der weiteren Verwendung der entsprechenden Daten. Schließlich beinhaltet der Handbuchteil einen Überblick über wichtige deutschsprachige Neuerscheinungen zu Frankreich, den deutsch-französischen Beziehungen sowie deutsch-französisch vergleichende Publikationen. Daneben bieten wir dieses Jahr wieder eine Rubrik Rezensionen, die lesenswerte Neuerscheinungen in der Fachliteratur zu und aus Frankreich vorstellen.

Das Frankreich Jahrbuch richtet sich zudem auch an eine französische Leserschaft, die sich für Deutschland und die deutsch-französischen Beziehungen interessiert. Die Rubrik der *Regards croisés* veröffentlicht ausgewählte Beiträge des Themenschwerpunkts in französischer Sprache. Zusätzlich wurden allen Beiträgen Kurzzusammenfassungen und Stichworte in beiden Sprachen vorangestellt.

Wie in der Vergangenheit auch, ist das diesjährige Frankreich Jahrbuch ein echtes Gemeinschaftsprodukt des Deutsch-Französischen Instituts, an dem eine Vielzahl von internen sowie externen Personen mitgewirkt hat. Im Namen des Redaktionsteams danke ich allen Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes für ihre Mitarbeit und ihr Engagement. Ebenso bedanken wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Praktikantinnen und Praktikanten des Instituts, die bei der Konzeption, Erstellung und Finalisierung des Manuskripts tatkräftig mitgeholfen haben – nicht nur als Autoren, sondern auch als scharfsinnige Gutachter ebenso wie versierte Übersetzer und gründliche Korrekturleser. Die Kolleginnen und Kollegen aus der Frankreich Bibliothek haben durch das Erstellen der Chronik und des Überblicks über die Neuerscheinungen ebenfalls wichtige Beiträge zum Handbuchteil beigesteuert. Auch ihnen gilt unser Dank. Zu guter Letzt möchten wir uns noch herzlich bei Irene Lindauer-Grözingen bedanken, die in bemerkenswerter Gründlichkeit den Redaktionsprozess unterstützt und für ein einheitliches Manuskript gesorgt hat.

Für die Redaktion:

Marc Ringel

Stefan Seidendorf



Die Gesellschaften Europas und ihre Zukunft

Geleitwort der Wüstenrot Stiftung

Auch mehr als 60 Jahre nach Charles de Gaulles berühmter Rede an die deutsche Jugend im Ludwigsburger Schloss hat die deutsch-französische Freundschaft nichts von ihrer Bedeutung verloren. Als der vielbesagte „Motor Europas“ tragen die beiden Nachbarländer heute bei zahlreichen Themen gemeinsam Verantwortung. Darunter die Sicherheit Europas, die Stabilität der Eurozone und der Umgang mit Flucht und Migration, um nur einige der wichtigsten Handlungsfelder zu nennen.

Seit nunmehr 75 Jahren gestaltet das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs aktiv mit, indem es informiert, analysiert und berät. Heute kann das Institut auf Jahrzehnte fruchtbarer Vernetzungsarbeit zurückblicken: angefangen bei der Initiierung der ersten deutsch-französischen Städtepartnerschaft im Jahr 1950 bis hin zur Organisation einer großen deutsch-französischen Zukunftskonferenz im Sommer 2023. Die Wüstenrot Stiftung ist froh und stolz, seit vielen Jahren gemeinsame Projekte mit dem dfi umzusetzen und an dieser prominenten Stelle herzlich zum 75. Bestehen gratulieren zu dürfen!

Wir sind der Überzeugung, dass die deutsch-französische Freundschaft auf allen Ebenen gelebt werden muss. Denn gewinnbringend ist nicht nur die Zusammenarbeit auf höchster politischer Ebene sowie die enge wirtschaftliche Verzahnung der beiden Nachbarländer. Großes, bisher oft ungenutztes Potential steckt im engeren Austausch regionaler, kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure aus Deutschland und Frankreich. Gemäß der demokratischen Verfasstheit und der gemeinsamen Werte unserer beiden Länder spielen sie eine zentrale Rolle dabei, Lösungsansätze für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln und umzusetzen.

In gemeinsamen Forschungsprojekten von dfi und Wüstenrot Stiftung sind Handreichungen und Austauschformate entstanden, die sich gezielt an diese Akteure richten. So haben wir 2021 gemeinsam eine Publikation über den raumplanerischen Umgang mit dem Wandel urbaner Großräume herausgegeben. Unser aktuelles Kooperationsprojekt beschäftigt sich mit den Klimaanpassungsstrategien kleiner Kommunen in Deutschland

und Frankreich. Die Studie setzt sich in vergleichender Perspektive mit den Herangehensweisen und Bedürfnissen ländlicher Gemeinden bei der präventiven Klimafolgenanpassung auseinander und erarbeitet konkrete Handlungsvorschläge, wie sie Vorsorge für die klimatischen Veränderungen und für den Schutz ihrer Bürger treffen können.

Die Wüstenrot Stiftung sucht zusammen mit ihren Kooperationspartnern nach Wegen, wie sich unser Gemeinwesen den vielfältigen Herausforderungen der Zukunft stellen kann. Dazu konzipieren und realisieren wir eigene Projekte und fördern die Ideen und Vorhaben anderer gemeinnütziger Institutionen in den Themengebieten Denkmale, Zukunftsfragen, Stadt & Land, Literatur, Kunst & Kultur und Bildung. Unser Ziel ist dabei stets, durch die Entwicklung und Verbreitung praxisorientierter Modelle Denkanstöße zu geben und über unser eigenes Handeln hinaus positive Veränderungen zu bewirken.

Die gemeinsame Arbeit von dfi und Wüstenrot Stiftung beruht auf der Überzeugung, dass Deutschland und Frankreich vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Der stete und vertrauensvolle Dialog mit dem Nachbarland kann dabei helfen, Entwicklungen rechtzeitig abzusehen, von bereits vorhandenen Ideen und Erfahrungswerten zu profitieren und passgenaue Strategien für die eigenen Probleme zu entwickeln. Kurz gesagt, wir können viel voneinander lernen!

Wir freuen uns, auch bei zukünftigen Projekten auf das Engagement und den Kenntnisreichtum des dfi bauen zu dürfen und gemeinsam die zentralen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft anzugehen.

März 2024 in Ludwigsburg

Joachim Schielke

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
<i>Geleitwort der Wüstenrot Stiftung</i>	
Die Gesellschaften Europas und ihre Zukunft	7
Verzeichnis wichtiger Abkürzungen	13

I. Themenschwerpunkt

Stefan Seidendorf

Die Gesellschaften Europas und ihre Zukunft: Ein Blick auf die Herausforderungen unserer Zeit	19
---	----

Renate Köcher

Deutschland, Frankreich und Italien – eng verbunden und sich trotzdem fremd	37
---	----

Eileen Keller

Deutschland – Frankreich – Italien: How to build a common view? Eine wirtschafts- und haushaltspolitische Bestandsaufnahme	59
---	----

Hélène Michel

Im Maschinenraum der europäischen Gesellschaft: Herausforderungen und Mehrwert einer doppelten, nationalen und disziplinären Dezentrierung	81
---	----

Marc Ringel

Frankreich und Deutschland als Motoren für eine europäische Energie- und Klimaunion?	101
--	-----

Frederike Rübsam

Suffizienzpolitik in Deutschland und Frankreich: ein Überblick	125
--	-----

Mathilde Viennot

Klimawandel und soziale Ungleichheit: die unlösbare Gleichung? 163

Elena Ambrosetti und Martina Bodo

Die demografische Zukunft Europas 187

Mirjam Dageförde

Repräsentation und das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik
in Deutschland und Frankreich 213

II. Regards croisés

Eileen Keller

Allemagne – France – Italie : Comment construire une vision
commune ? Un état des lieux en matière de politique économique et
budgétaire 235

Hélène Michel

La fabrique de la société européenne : enjeux et apports d'un double
décentrement national et disciplinaire 257

Mathilde Viennot

Transition climatique et inégalités sociales : l'impossible équation ? 277

III. Dokumentation

Rezensionen 301

Chronik Januar 2023 – Dezember 2023 311

Zusammensetzung der Regierungen 2023/24 339

Senatswahlen 2023 349

Statistiken zu Frankreich 351

Deutschsprachige Literatur zu Frankreich	353
Sachregister	371
Personenregister	377

Verzeichnis wichtiger Abkürzungen

ACER	Agency for the Cooperation of Energy Regulators, EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden
ADEME	Agence de l'Environnement et de la Maîtrise de l'Énergie, französische Agentur für den ökologischen Wandel
ADI	ausländische Direktinvestitionen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfD	Partei „Alternative für Deutschland“
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BUND e.V.	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. – Friends of the Earth Germany
BVG, BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CAC40	Leitindex der 40 führenden französischen Aktiengesellschaften, die an der Pariser Börse gehandelt werden.
CGDD	Commissariat général au développement durable, Generalkommissariat für nachhaltige Entwicklung
Cired	Centre international de recherche sur l'environnement et le développement, Internationales Zentrum für Umweltforschung und Entwicklung
CO ₂	Kohlenstoffdioxid, Kohlendioxid
Crit'Air	Französische Umweltplakette
dena	Deutsche Energie-Agentur
dfi	Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg
DFBEW, OFATE	Deutsch-französisches Büro für die Energiewende, Office franco-allemand pour la transition énergétique

Verzeichnis wichtiger Abkürzungen

DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
EED	Energy Efficiency Directive, europäische Energieeffizienzrichtlinie
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ETS	EU-Emissionshandel (European Union Emissions Trading System)
EU	Europäische Union
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
FFF	Fridays for Future
GFR	Gesamtfertilitätsrate
GW	Gigawatt, 1 GW = 1 Milliarde Watt = 10 ⁹ Watt
HLM	Habitation à loyer modéré, französische Form des Sozialwohnungsbaus
IEA	Internationale Energieagentur
ifeu	Institut für Energie- und Umweltforschung
Insee	Institut national de la statistique et des études économiques, Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsforschung
IPCC	Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change)
IRA	Inflation Reduction Act
ISE	Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg
IWF	Internationaler Währungsfonds
KI	Künstliche Intelligenz
KSG	Klimaschutzgesetz
LTECV	Loi de transition énergétique pour la croissance verte, Gesetz zur Energiewende für grünes (Wirtschafts-)Wachstum
LTS	National long term strategies

MAKErS	MAKING European Society, 'Die Fabrik der europäischen Gesellschaft' – Interdisziplinäres Thematisches Institut an der Universität Straßburg
Mtoe	Million tonnes of oil equivalent; 1 toe = Maßeinheit für die Energiemenge, die beim Verbrennen von einer Tonne Erdöl freigesetzt wird
NATO	North Atlantic Treaty Organization, Organisation des Nordatlantikvertrags
NECP, NECPs	National Energy and Climate Plans, Nationale Energie- und Klimapläne
NGEU	NextGenerationEU
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OFCE	L'Observatoire français des conjonctures économiques, französisches Wirtschaftsforschungsinstitut
ÖPNV	Öffentlicher (Personen-)Nahverkehr
PPE	Programmation Pluriannuelle de l'Énergie (Mehrjährige Energieplanung)
RTE	Réseau de Transport d'Électricité, Französischer Netzbetreiber
SDG	Sustainable Development Goals, Ziele für nachhaltige Entwicklung
SNBC	Stratégie Nationale Bas-Carbone, Nationale Dekarbonisierungsstrategie
SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
tCO ₂ e, tCO ₂ eq	Tonnen CO ₂ -Äquivalente
THG	Treibhausgasemissionen
TWh	Terawattstunden, 1 TWh = 1 Billion Wattstunden = 10 ¹² Wh

I. Themenschwerpunkt

Die Gesellschaften Europas und ihre Zukunft: Ein Blick auf die Herausforderungen unserer Zeit

Stefan Seidendorf

Zusammenfassung: Der Text präsentiert die Beiträge dieses Bandes und setzt sie in den Zusammenhang zwischen aktuellen gesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen, dem Blick der Bürger auf Europa und auf ihre Zukunft in Europa, und die möglichen Konsequenzen und Spielräume für demokratische Entwicklungen.

Schlagworte: Meinungsumfrage, Klimapolitik, Energiepolitik, Wirtschaftspolitik, Demografie, europäische Vergesellschaftung

Résumé : Ce texte présente les contributions de ce volume et les met en relation avec les problèmes et défis sociaux actuels, le regard des citoyens sur l'Europe et sur leur avenir en Europe, et les conséquences et marges de manœuvre possibles pour les développements démocratiques.

Mots-clés : Sondage d'opinion, politique climatique, politique énergétique, politique économique, démographie, socialisation européenne

Im Jahr 2023 hat das Deutsch-Französische Institut (dfi) seinen 75. Geburtstag gefeiert. In den Jahren seit seiner Gründung 1948 haben sich die Rahmenbedingungen für politisches Handeln in Europa massiv verändert (Warlouzet 2022). Auch die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen und nicht zuletzt sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen wir in Europa stehen und derer wir uns annehmen müssen, haben sich gewandelt. Zuletzt wurde diesbezüglich vom deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz das Wort der „Zeitenwende“ geprägt (Deutsch-Französisches Institut 2023). Dabei können uns einige der Überlegungen und Überzeugungen, die die Gründung des dfi begleiteten, auch weiterhin inspirieren (Baasner 2019).

In erster Linie stellt sich die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Europäerinnen und Europäer in der Lage sind, gemeinsam oder sogar gemeinschaftlich zu handeln. Das dfi hat diese Überlegungen immer schon mit einem empirischen Ansatz verknüpft. Damit gemeint war das Bestreben, über die Schaffung und Verbreitung von Faktenwissen über das andere Land, später über die europäischen Gesellschaften, gesicherte Informationen bereitzustellen, auf deren Grundlage dann Analysen und Diskussionen mit weiterführenden Aussagen möglich waren.

Im Jubiläumsjahr 2023 stellt das dfi deshalb nicht die normative Frage nach der (je nach Standpunkt) wünschenswerten, notwendigen oder

unmöglich erreichbaren „europäischen Öffentlichkeit“ (Trenz 2002) oder sogar der Existenz einer „europäischen Identität“. Stattdessen fragen wir nach den Vorstellungen, die die Europäerinnen und Europäer, vor allem in Deutschland, Frankreich und Italien, vom Umgang mit den drängendsten aktuellen und zukünftigen Herausforderungen haben. Wie kann dem Klimawandel, den geopolitischen Umbrüchen und den demografischen Herausforderungen kollektiv, politisch begegnet werden? In welchem Rahmen sollte das geschehen? Gemeinschaftlich, als EU? Gemeinsam, koordiniert? Oder im Rahmen des Nationalstaats?

Dahinter steht, abstrakter formuliert, die Frage nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Sehen wir uns immer noch zuvorderst als nationale Gesellschaften? Ist „das Europäische“ Teil unserer nationalen Gesellschaften geworden? Oder gibt es sogar empirische Anhaltspunkte, die auf eine „europäische Vergesellschaftung“ hindeuten? Wie groß ist die Bereitschaft, für die Begrenzung des Klimawandels notfalls auch Opfer zu bringen, und wie kann die öffentliche Hand hier Entscheidungen treffen, die gerecht und auf der Höhe der Herausforderungen sind? Welche neuen sozialen Ungleichheiten können durch den Klimawandel entstehen? Inwiefern gelingt es unseren Gesellschaften, neue Menschen aufzunehmen, die zu uns kommen aufgrund von Flucht und Vertreibung, aber auch als dringend gebrauchte und aktiv angeworbene Arbeitskräfte?

Mit dem Kunstwort der „Vergesellschaftungsprozesse“ (Mau 2007, Roose 2010) ist es möglich, verschiedene empirische Ansätze zu kombinieren, um zu thematisieren, ob und wie sehr, oder auch wann und unter welchen Bedingungen, die Europäerinnen und Europäer sich als europäische Bürgerschaft verstehen, ihnen also bewusst ist, dass sie einigen großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen gemeinsam gegenüberstehen und diese Probleme auch in erster Linie durch Zusammenarbeit, in Kooperation, politisch zu lösen sind. Dieses Paradigma kann auf verschiedene Weise untersucht werden, ausgehend von den Vorstellungen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger, oder auch, indem ihre Praktiken untersucht werden, und nicht zuletzt, indem man eben von der Analyse der bestehenden Probleme ausgeht. Diese Probleme zeichnen sich durch ihre Vielschichtigkeit aus, aber ebenso durch die insbesondere in der EU bestehende Interdependenz, wenn es um ihre Behandlung oder Lösung geht. Beides, die vielschichtigen Facetten und die interdependente Natur der Probleme, lässt ihre Lösung in einem abgegrenzten nationalen politischen Rahmen unmöglich erscheinen. Welche Konstellationen sind also

denkbar, um diese Herausforderungen gemeinsam anzugehen? Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den europäischen Nationalstaaten, oder gemeinschaftliche Lösungen im Rahmen der EU und unter Mitbeteiligung des Europäischen Parlaments? Um diese Fragestellung untersuchen zu können, müssen wir wissen, ob sich die europäischen Gesellschaften in ihren Wertvorstellungen oder aber doch in ihrem Verhalten oder auch in ihrer Problemwahrnehmung in den letzten Jahren angenähert haben, sodass gemeinsames oder gemeinschaftliches Handeln, auch im Hinblick auf große Herausforderungen und auch kostspielige Lösungen, auf Zustimmung und Legitimität stößt.

Eine so gestellt Forschungsfrage geht bereits von „nationalen“ Gesellschaften aus, die nun zu einer „europäischen“ werden (sollen). Möglicherweise verhindert jedoch gerade diese Perspektive die Wahrnehmung bereits stattfindender „europäischer Vergesellschaftung“. Das heißt, es spielt auch die Frage eine Rolle, wie „europäisch“ wir in unseren sozialwissenschaftlichen Disziplinen sind, und wie stark der „methodische Nationalismus“ (Smith 1983) immer noch unsere Vorstellungen beeinflusst, indem er den Blick auf unsere Forschungsobjekte (nationale Gesellschaften) vorgibt. Schließlich soll auch diskutiert werden, ob die politischen und gesellschaftlichen Bemühungen, den Europäerinnen und Europäern ihre Gemeinsamkeit bewusst zu machen, ihnen europäische Erfahrungen zu ermöglichen, einen Unterschied machen: Können die Projekte und Austauschmöglichkeiten, die Erfahrungen beim Schüleraustausch und im Erasmus-Studium, die Erfahrung einer zunehmenden Anzahl von grenzüberschreitenden Kontakten und Beziehungen, nicht zuletzt im zwischenmenschlichen und familiären Bereich, zu einer Annäherung, ja sogar „Vergesellschaftung“ in Europa führen – über Zeit, oder je nach familiärem Hintergrund, oder aufgrund individueller Dispositionen (Demesmay 2023)?

Um eine Diskussion in diese Richtung anzustoßen, hat das dfi 2023 in Zusammenarbeit mit renommierten Meinungsforschungsinstituten und unter Federführung des Instituts für Demoskopie (IfD) Allensbach eine repräsentative Meinungsumfrage entwickelt und durchführen lassen. Neben Frankreich und Deutschland wurde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung in Italien, dem dritten großen Gründungsland der EU, befragt. Diese Entscheidung ist pragmatisch und konzeptionell begründet. Durch die Konzentration auf drei Länder konnten die nötige methodische Qualität der Umfrage gewährleistet werden und die mit der Befragung

verbundenen Kosten in einem noch finanzierbaren Maß bleiben¹. Methodisch erlaubt erst der Vergleich mit einem dritten Land Aussagen über mögliche deutsch-französische Besonderheiten: Haben etwa die besondere Sprachpolitik (politische Förderung des Französisch- bzw. Deutsch-Unterrichts), die politisch und institutionell entwickelten besonders dichten Beziehungen oder der besondere zivilgesellschaftliche Unterbau der bilateralen deutsch-französischen Beziehung einen Einfluss gehabt auf die Entwicklung eines besonderen Bewusstseins füreinander, eines besonderen Nähe- und damit auch Vertrauensverhältnisses? Dieses Vertrauen zwischen den Bevölkerungen erscheint unabdingbar, um weitreichende gemeinsame politische Entscheidungen auch demokratisch zu legitimieren und, insbesondere wenn sie mit Kosten für eines der untersuchten Länder, oder eine bestimmte Gruppe innerhalb der untersuchten Länder verbunden sind, auch dauerhaft mit der nötigen politischen und gesellschaftlichen Unterstützung zu versehen.

Die Wahl des dritten Landes ist dabei auf Italien gefallen, da hier, wegen der Ähnlichkeit und Nähe der drei Länder, eine Reihe naheliegender alternativer Erklärungen zumindest weniger wahrscheinlich sind: Alle drei Länder sind seit 1948 am europäischen Integrationsprozess nicht nur beteiligt, sondern wichtige und politisch sogar führende Länder – es ist also nicht die Dauer der Mitgliedschaft in den europäischen Institutionen, die mögliche Unterschiede zwischen diesen Ländern erklären könnte. Die Gesellschaften verbinden heute vielfältige Kontakte im privaten, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und nicht zuletzt schulischen und Bildungsbereich – mit dem Unterschied einer im Vergleich zu Italien tiefer institutionalisierten (und politisch auch überhöhten) Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland. Es sind also nicht generell fehlende oder nicht vorhandene Kontakt- und Austauschmöglichkeiten, die eine gegenseitige Unkenntnis und Fremdheit zwischen den Bevölkerungen der drei Länder und ihrer Sichtweise aufeinander erklären könnten. Die immer noch drei größten Länder in der EU, was Bevölkerungszahl, Wirtschaftsleistung und institutionelles Gewicht im Rat der EU und im Europaparlament betreffen, haben nach wie vor eine besondere Verantwortung im Rahmen der Ausgestaltung europäischer politischer Lösungen und insbesondere bei der Überwindung und Weiter-

1 Die Finanzierung der Umfrage erfolgte zu 100 % aus Spenden an das dfi für die Durchführung dieses Projekts. Die größten Unterstützer kamen dabei aus dem Stiftungs- und privatwirtschaftlichen Bereich. Auch an dieser Stelle nochmals unser Dank für die Bereitschaft, die Arbeit des dfi zu unterstützen und so zu den aus unserer Sicht notwendigen Debatten beizutragen.

entwicklung politisch blockierter Konfliktsituationen. Damit fällt auch der oft bemühte Unterschied zwischen „kleinen“ und (im Weltmaßstab) „weniger kleinen“ Ländern in der EU weg, wenn es um die Erklärung möglicher Unterschiede zwischen den drei untersuchten Ländern geht.

Welche Vorstellungen haben Europäerinnen und Europäer von Europa, vor allem in Deutschland, Frankreich und Italien? Und wie stellen sie sich den Umgang mit den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen vor? Wie kann dem Klimawandel, den geopolitischen Umbrüchen und den demografischen Herausforderungen kollektiv, politisch begegnet werden? Die Fragestellungen sind also vielfältig. Folgende Themenblöcke behandeln wir im Rahmen dieser Publikation:

1. Europäische Vergesellschaftung

Inwiefern sind die Europäerinnen und Europäer in den vergangenen Jahren tatsächlich zusammengewachsen? Erkennen sie sich gegenseitig als europäische Bürgerinnen und Bürger an, und welche Praktiken und Erfahrungen sind damit verbunden (Gaxie 2011)? Welche Vorstellungen bestehen, wer legitimerweise an politischen Entscheidungen teilhaben sollte, die „uns“ gemeinsam betreffen (White 2011)? Und wie „belastbar“ ist dieses Europäertum, wenn es darum geht, den gemeinsam geteilten Herausforderungen auch durch kostspielige und umstrittene Lösungen zu begegnen?

Zunächst stellt der Beitrag von **Renate Köcher** (IfD Allensbach) nochmals die wichtigsten Ergebnisse der repräsentativen Meinungsumfrage aus Anlass des 75-jährigen Bestehens des dfi vor. Es wird deutlich, wie skeptisch die befragten Menschen in den drei Ländern in die Zukunft blicken, 55 % in Deutschland, 67 % in Frankreich, 71 % in Italien sehen den kommenden Jahren mit Skepsis oder sogar mit ausgeprägten Befürchtungen entgegen. Weiterhin zeigt sich, dass die Bevölkerung die bilaterale Zusammenarbeit zwischen den untersuchten Ländern als sehr wichtig einschätzt. Eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland halten 63 % in Frankreich, 59 % in Italien für (sehr) wichtig, eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich halten sogar 76 % in Deutschland, 61 % in Italien für (sehr) wichtig. Schließlich halten 61 % in Deutschland, aber nur 41 % in Frankreich eine enge Zusammenarbeit mit Italien für (sehr) wichtig. Bei allen Ähnlichkeiten zeigt sich, dass das Bewusstsein für die Wichtigkeit der bilateralen Zusammenarbeit im deutsch-französischen Fall nochmals ausgeprägter ist als in der jeweiligen Beziehung mit Italien. Gleichzeitig hielten es in Deutschland vor 20

Jahren, bei einer Umfrage 2003, sogar noch 87 % für (sehr) wichtig, in Zukunft „mit Frankreich eng zusammenzuarbeiten“.

Auch das Interesse am Nachbarland muss differenziert betrachtet werden. Es bleibt hoch, in Frankreich interessieren sich immer noch 36 % der Befragten (sehr) für das Geschehen in Deutschland. 2018 lag diese Gruppe jedoch bei 52 %. In Deutschland ging das Interesse an Frankreich umgekehrt von 62 % (2018) auf 54 % (2023) zurück. Für die Geschehnisse in Italien interessieren sich in Deutschland nur 45 % der Bevölkerung, in Italien umgekehrt sogar nur 23 %. Auch hier zeigt sich also ein zumindest gradueller Unterschied beim gegenseitigen Interesse zwischen französischer und deutscher Bevölkerung im Vergleich mit Italien.

Wie sind diese Ergebnisse zu erklären? Darüber finden sich in der Umfrage nur Anhaltspunkte. Möglicherweise sorgten vor 10 und 15 Jahren die innereuropäischen Sorgen (Eurokrise, Flüchtlingswellen) für eine größere gegenseitige Aufmerksamkeit, als dies heute der Fall ist, da möglicherweise Geschehnisse außerhalb der EU (Ukraine) die Menschen stärker beschäftigen? Allerdings ist auch eine pessimistische Interpretation denkbar, nach der der Prozess der Annäherung und „Vergesellschaftung“ innerhalb der EU-Gründerstaaten abnimmt und das gegenseitige Interesse zurückgeht. Von hier ist es nur noch ein Schritt zu der Frage Renate Köchers, wie „eine stärkere europäische Integration gelingen soll, wenn sich schon die wichtigsten Mitgliedsländer nur sehr begrenzt füreinander interessieren“. Man könnte hinzufügen, dass ohne gegenseitiges Interesse auch gegenseitige Empathie nicht existieren kann, die Fähigkeit, in den Anderen die Mitmenschen und Mitbürger mit ihren legitimen Bedürfnissen und Interessen zu sehen. Dann wird es auch schwierig, gemeinsam getroffene, möglicherweise mit Kosten verbundene Entscheidungen zu akzeptieren – eine Grundvoraussetzung demokratischer Entscheidungsfindung, auf nationaler wie auf europäischer Ebene.

Allerdings zeigt die Umfrage auch, dass das größere gegenseitige Interesse zwischen Frankreich und Deutschland einhergeht mit mehr und ausgeprägteren „Berührungspunkten“ zwischen den Bevölkerungen – Urlaubsreisen, Bekanntschaften, beruflicher Aufenthalt, aber auch Schüleraustausch und Erasmuskontakte. In allen diesen Kategorien gibt die deutsche Bevölkerung höhere Werte an, hat also mehr Kontakte mit Frankreich und Italien als umgekehrt die beiden Partnerländer mit Deutschland – jedoch gilt auch hier wieder, dass die Deutschen ausgeprägtere Kontakte mit Frankreich haben als mit Italien, und die französische Bevölkerung ihrerseits mehr Berührungspunkte mit Deutschland hat als die italienische.

Weitere Forschungen müssen zeigen, ob sich aus diesen Erfahrungen und „Berührungspunkten“ weitergehende Konsequenzen für die Belastbarkeit des politischen Verhältnisses ergeben.

Der nächste Beitrag zeigt dabei, wie schwierig es ist, aktuelle politische und wirtschaftliche Probleme so zu verstehen, dass sie auch die Situation in den beiden Nachbarländern mit einbeziehen und dieser gerecht werden. **Eileen Keller** (dfi) greift die Debatten eines gemeinsamen Kolloquiums von französischen, deutschen und italienischen Ökonomen und Politikwissenschaftlern zu Fragen der Haushalts- und Wirtschaftspolitik auf. Dabei zeigt sich, wie sehr aktuelle politische Zusammenhänge wissenschaftliche Diskussionen beeinflussen und Problemwahrnehmungen oft durch national geprägte Diskussionen gerahmt werden.

Der vorgestellte Ansatz legt Wert darauf, ein Verständnis für die Problemwahrnehmung in den anderen beteiligten Ländern zu entwickeln. Dazu werden die jeweiligen Rahmenbedingungen der nationalen Debatten verglichen und die Handlungsoptionen vor dem Hintergrund dieser Debatten kontextualisiert. Das erlaubt dann auch den Blick auf die empirisch durchaus bereits bestehende europäische Dimension zu richten, im Hinblick auf Wertschöpfungsketten, europäisierte Produktionsprozesse, die Verflechtung regionaler, nationaler und europäischer öffentlicher Politiken, die von Arbeitskräften genutzte Personenfreizügigkeit innerhalb der EU usw.

Eileen Keller thematisiert deshalb in ihrem Beitrag Strategien, um mit diesen Bedingungen umzugehen, und plädiert für eine stärkere horizontale Europäisierung im Sinne einer besseren gegenseitigen Kenntnis auf Ebene von politischen Entscheidungsträgern, Expertinnen und Wissenschaftlern, um so ein Bewusstsein für die bestehenden Abhängigkeiten und die national unterschiedlichen Handlungsoptionen und Präferenzen zu schaffen.

Im dritten Beitrag zu „Vergesellschaftungsprozessen“ stellt die französische Sozialwissenschaftlerin **Hélène Michel** (Universität Strasbourg) den Ansatz eines großen, interdisziplinären Sonderforschungsbereichs vor, der zur Thematik der „Fabrik der europäischen Gesellschaft“² an der Universität Strasbourg eingerichtet worden ist. Sie verdeutlicht, dass die Problematik des „methodischen Nationalismus“ weit über individuelle Haltungen hinaus ein strukturierendes und definierendes Element der Entstehung der modernen Nationalstaaten im 19. und 20. Jahrhundert war. Über die Definition ihres Forschungsobjekts und die Entwicklung der zu seiner Erfor-

2 <https://makers.unistra.fr>

schung nötigen Methodik haben die modernen Gesellschaftswissenschaften (Soziologie, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, aber auch Jura, Geschichte...) dazu beigetragen, dass die Nationalstaaten zu sozialen Realitäten wurden, die in unserer Vorstellung und weit darüber hinaus in der Realität des Alltags unser Leben und unsere Wahrnehmung definieren (Anderson 2016[1983]). Dazu gehört insbesondere die Herausbildung der modernen Verwaltungskulturen, mit der Bedeutung der benötigten statistischen Daten, um politische und administrative Entscheidungen vorzubereiten, durchzuführen und dann umzusetzen. Dabei kann sowohl an soziologische und sozio-demografische Daten gedacht werden, als auch an geografische Klassifikationen (Strukturierung von Gebietskörperschaften, Definition von Kommunen, Oberzentren, Ballungsräumen etc.). Es kann aber auch um juristische Definitionen und die damit verbundene Verwaltungsrealität gehen (Wer ist Französin oder Deutscher, für wen gelten juristisch und administrativ definierte Rechte und Pflichten? Kann beispielsweise ein im Ausland lebendes deutsches Ehepaar deutsches Kindergeld beziehen? Und würde sich das ändern, wenn es sich um Menschen handelt, die in Deutschland arbeiten und Steuern bezahlen, jedoch im Ausland leben, ohne die deutsche Staatsbürgerschaft zu haben etc.?).

Hélène Michel sensibilisiert uns erstens dafür, dass jenseits der nationalstaatlichen sozialen Realität eine vielfältige „europäische“ Realität entsteht – einerseits durch „Europäisierungsprozesse“, in dem Sinne, dass die europäischen Integrationsprozesse zu einer zunehmenden Annäherung und teilweisen Harmonisierung nationaler Statistiken und Methoden der Datenerhebung führen. Andererseits sorgen eine ganze Reihe europäischer und internationaler Einrichtungen (bspw. OECD, Internationale Arbeitsorganisation und weitere) für die Entwicklung eigener Datensätze, die die vergleichende, aber eben auch europäische Analyse und Diskussion von sozialen Realitäten ermöglichen und möglicherweise die Herausbildung „transnationaler Verwaltungskulturen“ (Beck und Larat 2015) befördern.

Darüber hinaus plädiert Michels Beitrag jedoch auch für eine doppelte „Dezentrierung“. Das Argument ähnelt dabei Eileen Kellers Vorschlag zur „horizontalen Europäisierung“, um Beschränkungen der eigenen Vorstellungen zu erkennen. Indem der Blick aus dem Zentrum an den Rand oder sogar darüber hinaus gelenkt wird, verschieben sich Perspektiven: So wird es möglich, bisher unterbelichtete soziale Realitäten wahrzunehmen oder eben auf andere Weise wahrzunehmen. Hélène Michel plädiert dabei explizit gegen die Entstehung von „European Studies“ (und die Gefahr der erneuten Verengung von Analysen auf die EU-Ebene oder auf EU-Phäno-

mene). Stattdessen argumentiert sie für eine gehaltvolle Interdisziplinarität, in dem Sinne, dass eine echte Auseinandersetzung mit Methoden, Erkenntnisinteressen und Forschungsperspektiven der Nachbardisziplinen stattfinden kann. Diese „disziplinäre Dezentrierung“ müsste um eine „nationale Dezentrierung“ ergänzt werden, die den Fokus eben nicht mehr einseitig auf die Analyse eines Nationalstaats oder nationalstaatlicher Phänomene richtet, sondern bspw. die Herausbildung europäischer Verwaltungskulturen untersucht.

Wie manifestieren sich diese zugegebenermaßen abstrakten Überlegungen in der konkreten sozialen Realität der Bürgerinnen und Bürger, und welche Konsequenzen für die politische Entscheidungsfindung ergeben sich aus den aktuellen Problemkonstellationen, bzw. deren Wahrnehmung?

2. Gesellschaftliche Transformationen: Klimawandel, Energie, Demografie

Möglicherweise findet sich die Antwort bei einem genaueren Blick auf die derzeitigen großen Probleme unserer Gesellschaften. Die sich abzeichnende Notwendigkeit einer Transformation unserer Wirtschaftssysteme und unserer Energieversorgung kann nur im Rahmen der EU sinnvoll angegangen werden. Dabei werden die im Rahmen der EU beschlossenen Politiken aber neben den bisherigen Regulierungen und Normierungen insbesondere des Binnenmarktes mehr und mehr Verteilungskonflikte zur Folge haben. Diese Verteilungskonflikte, als Konsequenz aus Entscheidungen der öffentlichen Hand entstehend, werden politische Antworten benötigen, die auf sozialen Ausgleich und Unterstützung setzen, und zwar über Grenzen hinweg. Wie können solche Politiken entworfen werden, und wie kann die Zustimmung für Maßnahmen der sozialpolitischen Unterstützung über Grenzen gewonnen werden, gerade in Zeiten „knapper Kassen“?

Drei Beiträge befassen sich mit den Konsequenzen des Klimawandels. Der Umbau und die Transformation des ganzen Produktionssystems, um mit diesen Konsequenzen umzugehen, bringen erhebliche materielle Kosten für die Bürgerinnen und Bürger mit sich. Welche neuen Ungleichheiten können dadurch entstehen? Welche Möglichkeiten einer sozialverträglichen Ausgestaltung der Klimawende gibt es? Wie müssten mögliche europäische Lösungen aussehen, die einen gemeinsamen Mehrwert bieten?

Die Begleitung der politischen Entscheidungen durch verlässliche Daten und präzise Projektionen, die der Komplexität der zu treffenden Entschei-

dungen und ihrer möglichen sozialen Konsequenzen gerecht werden, steht im Mittelpunkt eines ersten Beitrags.

Mathilde Viennot (France Stratégie) zeigt zunächst am französischen Beispiel, welche Faktoren in eine gehaltvolle Analyse und eine anspruchsvolle Projektion einzubeziehen sind. Eine erste Dimension betrifft die Frage, welcher Teil der Bevölkerung welchen Teil zur Umweltverschmutzung und zur Erderwärmung beiträgt. Neben einer materiellen Komponente (wohlhabendere Haushalte verbrauchen mehr CO₂) gibt es eine Reihe sozialer Komponenten, die schwieriger einzubeziehen sind. Sie betreffen Verhaltensweisen, die oft durch äußere Bedingungen determiniert sind und sich nicht ohne weiteres ändern lassen – die aber direkte Auswirkungen auf den Ausstoß klimaschädlicher Emissionen haben: Wem sind etwa die hohen Mietpreise und Wohnungskosten in den Innenstädten anzulasten? Wer trägt die Verantwortung dafür, wenn diese dazu führen, dass Menschen aus den (günstigeren) Wohnvierteln in den Vororten oder auf dem Land in die Innenstadt zur Arbeit pendeln müssen, und diese Menschen dabei auf ihr eigenes Auto zurückgreifen? Liegt es am fehlenden oder schlechten Angebot öffentlicher Verkehrsmittel, oder doch eher an der „Bequemlichkeit“ der Pendelnden? Aber ist ihr Pendeln (mit eigenem Auto oder öffentlichem Verkehr) frei gewählt oder die soziale Konsequenz einer bestimmten materiellen Situation? Über welche Anreizstrukturen und über welche materielle Unterstützung kann die Politik hier Einfluss nehmen?

Der Beitrag Viennots knüpft auch direkt an die Diskussion im ersten Teil an und vermittelt den erheblichen methodischen und analytischen Aufwand, um einer vielschichtigen und komplexen Problemkonstellation gerecht zu werden. Würde eine solche umfassende Analyse jedoch auf EU-Ebene erfolgen, wäre es nochmals wesentlich schwieriger, für alle (untersuchten) Mitgliedstaaten die nötigen Daten und Statistiken in vergleichbarer Form bereitzustellen und ihre Interpretation mit dem nötigen Kontextwissen zu versehen. Den von Viennot herangezogenen Daten liegen französische Statistiken zugrunde, die ihre Daten auf Grundlage französischer Klassifikationen erheben und oft nur in Frankreich verfügbar sind. Das ist der von Hélène Michel beschriebene „methodische Nationalismus“, dem natürlich nicht eine bewusste Entscheidung der Forschenden zugrunde liegt, sondern vielmehr die beschränkten Möglichkeiten der Analyse und begrenzten Vergleichbarkeit. So wurde etwa die im Beitrag von Viennot bemühte Klassifikation des Territoriums nach Ballungszentren, Ober- und Mittelstädten und ländlichem Raum im französischen Zusammenhang

mit der Entwicklung und Erschließung des französischen Territoriums entwickelt³. Sie ist heute auch in eine europäische Nomenklatur integriert⁴. Allerdings lässt sie sich nicht ohne Weiteres bspw. auf Deutschland übertragen – die Siedlungsgeografie ist eine andere, die Wirtschaftsströme haben historisch andere Entwicklungspfade eingeschlagen usw., d.h. der Kontextualisierung von entsprechenden Befunden im Hinblick auf eine innereuropäische Vergleichbarkeit kommt nochmals eine besondere Bedeutung zu.

In diesem Sinne argumentiert **Frederike Rübsam** (Deutsch-Französisches Büro für die Energiewende). Sie zeigt in ihrem Beitrag das unterschiedliche Verständnis und den unterschiedlichen Gebrauch des (Kunst-)Wortes „Suffizienz“ / *sobriété* in der französischen und deutschen Debatte. Die Diskussion um den sparsameren Gebrauch von Ressourcen, insbesondere Energie, ergänzend zu effizienterem Verhalten, wird mit unterschiedlichen politischen Entscheidungen konkretisiert, welche natürlich wiederum im nationalen Rahmen beschlossen wurden – allerdings als Reaktion auf gemeinschaftlich im Rahmen der EU beschlossene Vorgaben und Richtlinien. Hier ergibt sich nun ein Mehrwert aus der Kenntnis der Maßnahmen und Beschlüsse des Nachbarn – und sei es nur, um die eigene Debatte zu erweitern und um neue Vorschläge zu ergänzen.

Die kontinuierliche Entwicklung von besserem Wissen und einer besseren gegenseitigen Kenntnis findet dabei aber nicht im luftleeren Raum statt. Einerseits dulden die drängendsten aktuellen Probleme keinen Aufschub – die Auswirkungen der Klimawandels, verbunden mit dem Umbruch in der Energieversorgung (in Deutschland seit dem Wegfall der russischen Erdgaslieferungen), benötigen sofortiges politisches Handeln. Andererseits besteht ja bereits der politische Rahmen der EU, der neben bilateralen Abkommen und Beschlüssen gemeinschaftliches Agieren in vielen Politikbereichen ermöglicht oder sogar erfordert.

Marc Ringel (dfi) zeigt in seinem Beitrag, dass die Schaffung einer „europäischen Energieunion“ im Sinne einer viel weitergehenden Kooperation und Integration der Energiepolitiken, mindestens seit den sechziger Jahren und dem Élysée-Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland, auf der politischen Agenda steht. Von der europäischen Ebene aus argumentie-

3 Code Insee oder Code officiel géographique ist die offizielle Nomenklatur der französischen Kommunen

4 NUTS 2021 (Nomenclature des unités territoriales statistiques / Systematik der Gebietseinheiten für Statistik)

rend könnte man sogar bis zum Schumanplan und zur ersten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS 1950) zurückgehen. Deren Fokus war ja gerade die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion der Mitgliedstaaten, um ein doppeltes Ziel zu erreichen, welches keiner der beteiligten Staaten alleine hätte realisieren können: Versorgungssicherheit und wachsende Produktion zu ermöglichen und gleichzeitig Sicherheit voreinander zu gewährleisten (keiner der beteiligten Staaten konnte seine eigene Montanindustrie mehr zur Aufrüstung gegen einen der anderen beteiligten Staaten nützen. Die Wohlstandsgewinne aus wachsender Produktion kamen umgekehrt allen Beteiligten zugute).

Frankreich und Deutschland könnten also heute den Kern einer europäischen Energieunion bilden, die bereits unter EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker initiiert wurde und deren Bedeutung aufgrund der aktuellen geopolitischen Situation nicht zu unterschätzen ist. In der Praxis gestaltet sich die Zusammenarbeit aufgrund unterschiedlicher Strukturen, Strategien und politischer Einschätzungen allerdings als durchaus schwierig. Da die Koordinierung der europäischen Energiepolitiken aber zunehmend an strategischer Bedeutung gewinnen wird, werden sich Frankreich und Deutschland aufeinander zubewegen müssen. Es wird sich zeigen, ob es ihnen dabei weiterhin gelingt, nicht nur einen Minimalkompromiss zwischen ihren nationalen Positionen zu erarbeiten, sondern ihrer Rolle als „deutsch-französischer Motor“ für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit gerecht zu werden und Lösungen vorzuschlagen, die zwar fest etablierte nationale Positionen hinterfragen, die aber gleichzeitig einen Mehrwert bieten, den alle Beteiligten, und gerade Frankreich und Deutschland, dringend benötigen.

Neben dem menschengemachten Klimawandel und der in Reaktion darauf nötigen Transformation unseres Wirtschafts- und Produktionsmodells gibt es jedoch noch weitere Herausforderungen, die Auswirkungen auf unser gesellschaftliches Zusammenleben haben werden. Gemeinsam ist diesen Herausforderungen ihr „struktureller“ Charakter, das heißt, sie sind so tiefgreifend und umfassend, dass sie kaum im bestehenden politischen und gesellschaftlichen Rahmen behandelt werden können, ohne diesen zumindest zu verändern. Hinter den beschriebenen Transformationen und ihrer Wahrnehmung durch die Bürgerinnen und Bürger stellt sich also die Frage nach der Zukunft der Demokratie in Europa.